



Presseschau vom 24.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **Legendärer DDR-Zug kehrt auf Schiene zurück**

Zwanzig Jahre nach seiner Ausmusterung soll einer der legendären Prestigezüge der DDR-Bahn wieder auf das Gleis zurück – zumindest in Mitteldeutschland. Fans und Liebhaber des „ICE des Ostens“ wollen das stillgelegte Exemplar des berühmten Schnelltriebwagens VT 18.16 restaurieren und wieder fahrtüchtig machen.

<https://sptnkne.ws/EdKe>

de.sputniknews.com: **„Alte Probleme, neue Herausforderungen“: Medwedew verfasst Artikel zum 75. Jahrestag der Uno**

Der Vizechef des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat einen Artikel zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen verfasst. Der Beitrag wurde am Samstag auf der Webseite des TV-Senders RT veröffentlicht. ...

<https://sptnkne.ws/EdYJ>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Militärbündnis zwischen Russland und China? Putin: „Theoretisch möglich“**

Russland und China haben es laut Präsident Wladimir Putin derzeit nicht nötig, eine Militärallianz einzugehen. Theoretisch sei aber ein solches Bündnis vorstellbar.

„Vorstellen kann man sich alles, wir sind aber immer davon ausgegangen, dass unsere Beziehungen ein derartiges Niveau an Kooperation und Vertrauen erreicht haben, dass wir das (ein Militärbündnis – Anm. d. Red.) nicht brauchen“, sagte Putin in einer Sitzung des Diskussionsklubs Waldai am Donnerstag. „Theoretisch kann man sich so etwas aber vorstellen.“

Moskau und Peking würden ohnehin schon im Militärbereich zusammenarbeiten. Es finden regelmäßig gemeinsame Manöver in beiden Ländern statt. Putin betonte weiter die Kooperation im Rüstungsbereich: „Es geht nicht nur um den Austausch von Waren und den Handel mit Kriegstechnik, sondern auch um den Austausch von Technologien.“

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen China und Russland wiederholt unterstrichen. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten sei „felsenfest“. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32361/66/323616695_0:105:4000:2265_1000x0_80_0_1_613974ef450b2e4b47bcba99f47a861a.jpg

de.sputniknews.com: **Sputnik V wird wichtigen Beitrag zu Corona-Bekämpfung leisten – britischer Professor**

Der renommierte Professor Nadey Hakim hat vor Kurzem an der internationalen Konferenz zum Impfstoff Sputnik V in Russland teilgenommen. Nun hat er das Vakzin in einem Beitrag für die Zeitung „ICN“ unter wichtigen Gesichtspunkten betrachtet – und dem Präparat einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Coronavirus vorausgesagt.

Nach Ansicht Hakims werden Impfstoffe ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Covid-19 sein und letztendlich viele Menschenleben weltweit retten. Der Ansatz bei der Herstellung und Verabreichung des Impfstoffs müsse auf den besten verfügbaren Technologien beruhen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Impfstoff rund um den Globus und auf gerechte Weise zur Verfügung gestellt werde.

„Die Länder sollten sich künftig ein vielfältiges Impfstoffprogramm zusammenstellen, dem der russische Impfstoff Sputnik V sicherlich angehören wird“, schrieb Hakim, der auch Vizepräsident der International Academy of Medical Sciences ist.

Ferner nahm der Experte Bezug auf wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Sputnik V – wie etwa in der Fachzeitschrift „The Lancet“ –, mit denen er sich auseinandergesetzt hat. Es sei klar, dass die Ergebnisse der klinischen Studien zu Sputnik V die Wirksamkeit des Impfstoffs nachgewiesen haben. „Und welche Überlegung ist bei einem Vakzin von grundlegender Bedeutung? Dass es sicher und wirksam ist“, betonte Hakim.

Wirksamkeit belegt

„Die Tatsache, dass die Wirksamkeit von Sputnik V auf schlüssige Nachweise zurückzuführen ist und dass es auf menschlichen adenoviralen Vektoren und auf einem fortschrittlichen Impfstoffverfahren mit zwei verschiedenen Adenoviren basiert, lässt es noch beeindruckender erscheinen“, so der Experte.

Ferner verwies er auf eigene Russlandreisen, die ihn aus nächster Nähe davon überzeugt hätten, welche hervorragende Arbeit in den Bereichen Wissenschaft und Medizin in dem Land geleistet würde. Nach Ansicht Hakims zeichnet sich auch eine erfreuliche Tendenz für die Verbreitung des Impfstoffs ab, da viele lateinamerikanische Länder bereits Vereinbarungen zur Herstellung des Vakzins vor Ort getroffen hätten.

„Das geschieht in Ländern wie China, Indien, Brasilien, Korea und in der Türkei. Diese Länder werden dann in der Lage sein, Sputnik V in Nachbarländer zu exportieren.“

Zusammenarbeit der Länder

Hakim verwies ferner auf die internationale Bewältigung der Corona-Pandemie, welche einen globalen Kraftakt darstelle und gemeinsame Anstrengungen voraussetze. Er warnte an dieser Stelle vor falscher Konkurrenz.

„Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen, um in der COVID-19-Bekämpfung erfolgreich zu sein. Nehmen wir beispielsweise Russland und das Vereinigte Königreich. Ich habe persönlich erlebt, wie die Presse Kommentare oder Annahmen abgegeben hat, die schlecht verfasst oder durchdacht sind, und leider oft bedingt durch Neid auf die Erfolge anderer Länder bei der Impfstoffentwicklung herauskommen.“

Beide Länder hätten bei Phase 1 und Phase 2 der klinischen Studien erhebliche Fortschritte erzielt, setzte der Wissenschaftler fort. So hätten die Untersuchungen des Impfstoffs der Oxford University eine starke Immunantwort bei den Probanden gezeigt. Bei den Testpersonen habe sich innerhalb von 14 Tagen eine T-Zell-Reaktion eingestellt – wie auch im Fall der russischen Studien. Er lobte unter anderem die Geschwindigkeit, mit der die Studien Fortschritte zeigten. Abschließend äußerte er Zuversicht hinsichtlich baldiger coronafreier Verhältnisse.

„Ich hoffe, dass wir bis März 2021 zur Normalität zurückkehren werden, aber ich glaube vor allem, dass der Impfstoff von großem Nutzen sein wird und hoffe, dass er für alle verfügbar sein wird. Kurzum: Ich bin guter Dinge, dass Südamerika bei Sputnik V mit an Bord ist.“

de.sputniknews.com: Trump spricht von „gutem Fortschritt“ bei Verhandlungen über Bergkarabach-Konflikt

US-Präsident Donald Trump hat von einem „guten Fortschritt“ in den Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan zum Bergkarabach-Konflikt gesprochen. Die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan befinden sich derzeit in Washington. US-Außenminister Mike Pompeo hat am Freitag Vertreter beider Seiten des Konflikts zu separaten Gesprächen empfangen.

„Wir reden darüber, wir reden mit Armenien. Wir haben sehr gute Beziehungen zu Armenien. Dort leben sehr gute Menschen. Sie sind so zielbewusst, unglaubliche Menschen. Wir werden sehen, was passiert“, sagte Trump gegenüber Reportern.

Auf die Frage, ob er mit den Außenministern der beiden Länder gesprochen hat, gab der US-Präsident keine Antwort. „Ich möchte nichts sagen“, so Trump.

Der Kreml weiß laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, noch nicht, was US-Präsident Donald Trump mit „gutem Fortschritt“ meine. Dieser Einschätzung könne die russische Regierung noch nicht zustimmen.

Zuvor hatte Moskau laut Peskow sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass Armenien und Aserbaidschan bislang die in der russischen Hauptstadt getroffenen Vereinbarungen nicht einhalten.

Am 9. Oktober waren die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf Einladung von Präsident Wladimir Putin zu Vermittlungsgesprächen nach Moskau gekommen. Die Gespräche dauerten mehr als zehn Stunden.

Im Ergebnis dieser Gespräche wurde ein Waffenstillstand in der Konfliktregion um Bergkarabach vereinbart, der am 10. Oktober in Kraft trat und den beiden Konfliktparteien ermöglichen soll, Kriegsgefangene und Gefallene unter Vermittlung des Roten Kreuzes

auszutauschen. Doch schon am selben Tag warfen die Seiten einander vor, gegen die Waffenruhe verstoßen zu haben. Ein zweiter Versuch, einen humanitären Waffenstillstand zu organisieren, wurde in der Nacht zum 18. Oktober unternommen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0d/327932082_0:88:3072:1750_1000x0_80_0_1_a7fe1e352d658efd68ec82244e57950d.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 23. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. Oktober 3:00 Uhr bis 24. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über eine unbefristete Feuereinstellung mit folgenden Waffen geschossen: Richtung Donezk: Antipanzergranatwerfer – zweimal (19 Granaten) ; Schusswaffen – einmal. Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (4 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak, Staromichajlowka, Mineralnoje, Besymennoje.**

Um 4:20 und 4:30 Uhr wurden im Gebiet von Awdejewka zwei Detonationen festgestellt, um 7:55 Uhr wurden fünf Detonationen im Gebiet von Opytnoje registriert.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 25.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 8.

de.sputniknews.com: Alijew nennt Option für Ende der Kämpfe in Bergkarabach

Der aserbaidchanische Präsident, Ilham Alijew, hat in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Figaro“ die Option genannt, unter welcher Baku bereit ist, die Kampfhandlungen in Bergkarabach einzustellen.

„Wir sind bereit, (die Kampfhandlungen –Anm. d. Red.) heute einzustellen. Ich habe bereits darüber während der Verhandlungen in Moskau am 10. Oktober gesprochen. Es ist nur notwendig, dass Armenien das Feuer einstellt. Dann werden nämlich Diplomaten handeln müssen“, sagte der Staatschef.

Wie Alijew erläuterte, müsse Armenien die Prinzipien der Konfliktlösung, die von den Co-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe - Russland, Frankreich und den USA - definiert wurden und die Aserbaidschan seinen Worten zufolge bereits akzeptiert hat, anerkennen.

„Danach werden wir an den Verhandlungstisch zurückkehren“, versprach Alijew.

Der aserbaidschanische Spitzenpolitiker behauptete auch, dass Nikol Paschinjan nach seinem Amtsantritt als Premierminister Armeniens „den Friedensprozess durch seine hetzerischen Aussagen und militärischen Provokationen zerstört hat“.

„Ich denke, es ist die Zeit gekommen, um eine politische Lösung herbeizuführen“, sagte der Präsident und fügte hinzu, dass es den Status Quo und die alte Berührungslinie nicht mehr gebe.

Es gebe eine neue Realität.

Alijew fügte hinzu, dass die Kämpfe in Bergkarabach am 27. September nicht Aserbaidschan, sondern Armenien begonnen habe. Die militärische Antwort von Baku ist ihm zufolge angemessen. Aserbaidschan habe „Territorien, die international als (Territorien – Anm. d. Red.) Aserbaidschans anerkannt werden“, befreit und werden sie weiter befreien.

„Unsere Position ist klar: Wenn die Armenier das Feuer nicht einstellen, werden wir weiterhin unseren Boden befreien“, so der Präsident.

Auf die Frage, ob er keine Angst davor hat, dass die Einmischung der Türkei und die Ankunft von syrischen Kämpfern über dieses Land in Bergkarabach den lokalen Konflikt in einen regionalen verwandeln könne, antwortete Alijew, dass die Türkei nicht in die Kampfhandlungen involviert gewesen sei.

„Der türkische Präsident (Recep Tayyip Erdogan – Anm. d. Red.) hat tatsächlich in den ersten Stunden der armenischen Offensive seine klare politische Unterstützung zu unseren Gunsten zum Ausdruck gebracht. Er ruft nur dazu auf, vier Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die von Armenien verlangen, die aserbaidschanischen Territorien, die es besetzt, zu verlassen, strikt einzuhalten“, sagte der Staatschef und betonte, dass es auf dem Territorium Aserbaidschans „keinen einzigen ausländischen Kämpfer“ gebe.

Was die Zukunft Bergkarabachs anbelangt, sagte Alijew, er sehe es als „einen blühenden und sicheren Teil Aserbaidschans, wo Aserbaidschaner und Armenier in Harmonie, Frieden und unter würdigen Bedingungen leben werden“.

Gespräche in Moskau

Am 9. Oktober waren die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf Einladung von Präsident Wladimir Putin zu Vermittlungsgesprächen nach Moskau gekommen. Die Gespräche dauerten mehr als zehn Stunden.

Im Ergebnis dieser Gespräche wurde ein Waffenstillstand in der Konfliktregion um Bergkarabach vereinbart, der am 10. Oktober in Kraft trat und den beiden Konfliktparteien ermöglichen soll, Kriegsgefangene und Gefallene unter Vermittlung des Roten Kreuzes auszutauschen. Doch schon am selben Tag warfen die Seiten einander vor, gegen die Waffenruhe verstoßen zu haben. Ein zweiter Versuch, einen humanitären Waffenstillstand zu organisieren, wurde in der Nacht zum 18. Oktober unternommen. Der Versuch scheiterte ebenfalls.

Die internationale Gemeinschaft forderte die Parteien auf, Zurückhaltung zu zeigen. Die Türkei erklärte ihrerseits, sie werde Aserbaidschan jede Unterstützung gewähren, auch militärische, um die Baku bitten werde.

Moskau verwies zuvor darauf, dass Armenien Mitglied der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) sei. Daher habe Russland gewisse Verpflichtungen gegenüber Armenien, hieß es.

Eskalation im Südkaukasus

Am 27. September hatte sich die Situation in der selbsterklärten Republik Bergkarabach zugespitzt. Zwischen Armenien und Aserbaidschan kam es zu schweren militärischen Auseinandersetzungen, die seitdem andauern. Auf beiden Seiten gibt es inzwischen Tote und Verletzte zu beklagen. Baku und Jerewan machen sich gegenseitig für die Verschärfung der Lage verantwortlich. Armenien verkündete wegen der Zuspitzung den Kriegszustand und eine allgemeine Mobilmachung. Das aserbaidsschanische Parlament beschloss ebenfalls, in einigen Städten und Regionen das Kriegsrecht auszurufen.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/18/328259016_0:200:3415:2047_1000x0_80_0_1_c59c49940e4cc32f572b2dd593d5111d.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. Oktober um 9:00 Uhr 1441 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1087 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 68 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Präsidentenwahl in Kirgisistan auf 10. Januar angesetzt

Kirgisistan wird am 10. Januar einen neuen Präsidenten wählen. Dies entschied die Zentrale Wahlkommission in Bischkek. Der bisherige Präsident Sooronbai Dscheenbekow war in der vergangenen Woche zurückgetreten, nachdem Massenunruhen die zentralasiatische Republik tagelang erschüttert hatten.

„Die Zentrale Wahlkommission hat die Präsidentschaftswahl auf den 10. Januar angesetzt“, teilte ein Kommissionssprecher Sputnik am Samstag mit.

In Kirgisistan gab es Anfang Oktober Massenprotesten gegen die Ergebnisse der Parlamentswahl vom 4. Oktober. Die Demonstranten – Anhänger der Parteien, die den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatten – forderten in der Hauptstadt Bischkek und in anderen Städten, die Annullierung der Wahlergebnisse und Neuwahlen.

Die Demonstranten konnten das Gebäude unter ihre Kontrolle bringen, in dem das Parlament und das Präsidialamt residieren. Bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften kam mindestens ein Mensch ums Leben, mehr als 1200 weitere erlitten Verletzungen. Der kirgisische Premierminister Kubatbek Boronow trat zurück. Daraufhin erklärte die Zentrale Wahlkommission die Parlamentswahl für ungültig.

In der vergangenen Woche trat auch Präsident Sooronbai Dscheenbekow zurück. Er wolle nicht in die Geschichte Kirgisistans als Präsident eingehen, der Blut vergossen und auf seine eigenen Bürger geschossen habe, begründete Dscheenbekow seine Entscheidung. Der neue Premierminister Sadyr Schaparow übernahm vorübergehend die Amtsgeschäfte des Staatsschefs. Seitdem gibt es in Kirgisistan keine Proteste mehr.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328202335_0:91:1586:949_1000x0_80_0_1_d9c3e3df52b21414ae003ed09e4aa240.jpg

Mzdnr.ru: Am 23. Oktober wurden in der DVR 138 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 24. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5873 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2864 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2570 als gesund entlassen, es gibt 439 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 45 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es 16 Todesfälle – Männer im Alter von 45 bis 74 Jahren und Frauen im Alter von 51 bis 75 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 196 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, davon wurden 118 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2121 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 397 mit Sauerstoffunterstützung (+44 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

de.sputniknews.com: American Geophysical Union entschuldigt sich bei russischen Forschern

Die American Geophysical Union (AGU) lehnt einen Antrag für eine wissenschaftliche Publikation aus Russland zuerst ab, muss sich dann aber entschuldigen. Die sanktionsbedingte Absage sei ein Fehler gewesen, räumt die in Washington sitzende Non-Profit-Organisation ein, die zehntausende Mitglieder weltweit zählt.

„Nach einer genauen Überprüfung des Prozesses, den das Manuskript durchlaufen hatte, haben wir festgestellt, dass wir mit der Entscheidung, den Artikel aufgrund von Sanktionen abzulehnen, falsch gelegen hatten“, erklärte die AGU auf Sputnik-Nachfrage.

„Wir entschuldigen uns bei den Autoren.“

Das Physik-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften hatte zuvor mitgeteilt, dass die AGU sich geweigert habe, einen Forschungsartikel über einen Zusammenhang zwischen dem Wetterphänomen El Nino und der atmosphärischen Elektrizität im Magazin „Geophysical Research Letters“ zu veröffentlichen. Begründet worden sei die Entscheidung damit, dass Forschungsbeiträge, die vom russischen Bildungsministerium als Teil der russischen Regierung finanziert würden, sanktionsbedingt nicht publiziert werden dürften. Nun lädt die American Geophysical Union die Autoren ein, den Publikationsantrag erneut einzureichen, will jedoch keine Garantie dafür übernehmen, dass dem am Ende entsprochen wird. Ein erneuter Antrag würde gleichberechtigt mit anderen Anträgen überprüft, die

Entscheidung hänge allein vom wissenschaftlichen Wert des jeweiligen Beitrags ab, hieß es.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/18/328261107_0:386:3072:2048_1000x080_0_1_8fcdd167156c2ed2bb0222d8863bade7.jpg

de.sputniknews.com: **Artilleriebeschuss in Aserbaidschan: russischer Staatsbürger ums Leben gekommen**

Die russische Botschaft in Aserbaidschan hat den Tod eines russischen Staatsbürgers bestätigt. Der 13-jährige Junge soll während eines Artilleriebeschusses der aserbaidischen Stadt Gandscha schwere Verletzungen erlitten haben.

Die Staatsanwaltschaft Aserbaidschans teilte zuvor mit, dass ein russischer Staatsbürger des Jahrgangs 2007 am Samstag seinen Verletzungen, die er bei einem Artilleriebeschuss in Gandscha erlitten habe, erlegen sei. Ein Assistent des aserbaidischen Präsidenten habe darüber die russische Botschaft informiert, hieß es.

„Ja, wir bestätigen diese Angaben“, sagte Alina Solotorjowa, Presseattaché der Botschaft.

„Wir stehen in Kontakt mit seinen Angehörigen, die sowohl in Gandscha als auch in Russland leben. Die Botschaft hat den Angehörigen des Verstorbenen ihr Beileid ausgesprochen“, fügte sie hinzu.

Die Beerdigung soll am Samstagnachmittag stattfinden und von einem Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche geführt werden. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 24.10.2020**
In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite in Verletzung des geltenden Waffenstillstands **fünf Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 37. Bataillons der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Iwanow von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer auf **Spartak** eröffnet und 17 Granaten abgefeuert. Später am Abend haben Kämpfer des 37. Bataillons der 56. Brigade eine weitere Granate mit einem Granatwerfer in Richtung Spartak abgefeuert.

Kämpfer des 1. Bataillons der 79. Brigade der BFU haben in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Luzenko von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus das Feuer auf **Staromichajlowka** eröffnet und eine Granate mit einem Antipanzergranatwerfer und zwei Granaten mit einem automatischen Granatwerfer abgefeuert.

Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Mineralnoje** eröffnet. Bei dem Beschuss hat der Gegner Leuchtmunition eingesetzt, dadurch entstanden einige Brandherde von Gras, die verlöschten, ohne sich auszubreiten.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36.

Marineinfanteriebrigade der BFU unter Führung des Kriegsverbrechers Gnatow von den

Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das Feuer mit einem 82mm-Mörser in Richtung **Dserhinkskoje** eröffnet und vier Geschosse abgefeuert.

Beobachter der DVR im GZKK haben **sieben Detonationen auf den Positionen der ukrainischen Kämpfer** festgestellt, davon zwei auf den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der BFU im Gebiet von Awdejewka und fünf auf den Positionen der 56.

Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Opytnoje, wo Munition explodierte, als ukrainischen Kämpfer ein Waffenversteck ausrüsteten.

Außerdem wurde die Detonation einer unbekanntem Sprengvorrichtung auf den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

In den letzten 24 Stunden wurde ein Fall der **Stationierung von zwei Schützenpanzern** aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade in Taramtschuk bemerkt, was vom Bericht der OSZE-Mission vom 23.10.2020 bestätigt wird.

Ein weiterer Fall von Geräten auf ein eigenes Minenfeld wurde von unseren Beobachtern im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade festgestellt. Nach Angaben der Aufklärung gerieten bei der Verminung im Gebiet der Positionen des 503.

Marineinfanteriebataillons zwei Soldaten des Bataillons auf eine Antipersonenmine. Einer von ihnen, Leutnant Murasch, starb vor Ort, weil ihm keine erste Hilfe geleistet wurde. Der zweite Kämpfer wurde in mittelmäßigem Zustand in das Hospital von Tschasow Jar gebracht. Zur Aufklärung der Ursachen der Explosion und zur nicht abgestimmten Verminung ist der Bataillonskommandeur Sucharewskij auf den Positionen eingetroffen. Im Ergebnis der Ermittlung wurde festgestellt, dass die Verminung auf Befehl des Kompaniechefs Dudin erfolgt war, der gestern in betrunkenem Zustand auf die Positionen kam und den Auftrag erteilte, eilig die Zugänge zum Unterstand zu verminen.

Im Zusammenhang mit dem Geschehen musste das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eilig Journalisten der ausländischen Informationsagenturen „France24“ und „Associated Press“ umorientieren, die zur Aufnahme von Videoreportagen, die die Volksmiliz des Beschusses der Positionen der BFU beschuldigen, in den Verantwortungsbereich der 35. Brigade gekommen waren.

Nach unseren Informationen ist die **Panik in den Reihen der BFU bezüglich der Angst wegen einer Coronavirusinfektion fast kritisch**. In der 35. Brigade wurde ein Fall von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch die Kämpfer des 137. Bataillons Dudnik und Dekan festgestellt, die fürchteten das Schicksal des Oberfähnrichs Abramow zu wiederholen und vor einer verpflichtenden Impfung, die im Bataillon geplant ist, den Stationierungsort des Truppenteils verließen. Es halfen auch die Patrouillen des militärischen Rechtsordnungsdienstes nicht, die zusätzlich in dieses Gebiet geschickt worden waren, um Versuche von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch Kämpfer der 35. Brigade zu unterbinden.

Insgesamt bleibt die Situation mit der Ausbreitung von „COVID-19“ äußerst schwierig. In den letzten 24 Stunden wurden in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ 53 Kämpfer mit Verdacht auf Coronavirus entdeckt, vier starben in Krankenhäusern von Mariupol und Krasnoarmejsk an einer Lungenentzündung aufgrund des Coronavirus. Außerdem haben wir einen Fall von unterlassener Hilfeleistung für Soldaten der 24. mechanisierten Brigade festgestellt, die in das Hospital von Tschasow Jar eingeliefert wurden, aber aufgrund des Fehlens von Betten in der Infektionsabteilung zur Behandlung von „COVID-19“ wurden die Kämpfer zur Quarantäne an den Stationierungsort geschickt.

Ein weiterer Fall des Diebstahls von militärischem Material wurde von uns in den Einheiten der 53. Brigade der BFU festgestellt. An einem Sammelpunkt für beschädigte Fahrzeuge im Gebiet von Wolnowacha haben Soldaten einer Reparaturkompanie, die zur Reparatur der Technik gekommen waren, festgestellt, dass die Mehrzahl der Fahrzeuge vorsätzlich beschädigt worden war und an der Kommunikationstechnik der Panzerfahrzeuge Blöcke mit

Funktelementen fehlten, die wertvolle Metalle enthalten.

Dieser Fall wurde dem Brigadekommandeur Titenko berichtet, der die Kommandeur des 1. und 3. Bataillons beauftragte, die Technik auf eigene Kosten zu reparieren. Andernfalls würden die Materialien an die Staatsanwaltschaft gegeben, die Bataillonskommandeure würden die Prämien und Zusatzzahlungen verlieren.

belta.by: **Die Mehrheit meiner Kollegen ist empört über Streikaufrufe – Arbeiterin von „Slawjanka“**

Die Forderung nach Streiks ruft bei vielen Mitarbeitern von „Slawjanka“ Empörung hervor. Diese Meinung vertrat die Mitarbeiterin des Unternehmens Raisa Koschelewa gegenüber BelTA.

„Ich arbeite seit über 30 Jahren bei ‚Slawjanka‘. Die Forderung nach Streiks stößt nicht nur bei mir, sondern auch bei den meisten meiner Kollegen auf Empörung, die verstehen, dass dies zu nichts Gutem führen wird. Wir haben ungefähr 90% Frauen im Unternehmen, viele von ihnen sind alleinerziehend. Sie müssen ihre Töchter und Söhne ernähren, kleiden, versorgen, und einige haben auch Kreditverpflichtungen, die rechtzeitig erfüllt werden müssen“, sagte Raisa Koschelewa.

Wenn die Produktion eingestellt würde, könne das Unternehmen seinen Verpflichtungen gegenüber den Kunden nicht rechtzeitig nachkommen und es würden Strafen verhängt. „Dies würde sich in erster Linie auf uns auswirken - auf die Mitarbeiter, auf unsere Gehälter, Boni sowie auf den Komfort, den das Unternehmen auf Basis des Gewinns für das Kollektiv zu schaffen versucht“, sagte die Mitarbeiterin.

„Wir haben keine Zeit, über Streiks nachzudenken. Wir sind es gewohnt zu arbeiten, wir sind es gewohnt, unseren Lebensunterhalt mit unseren eigenen Händen zu verdienen“, betonte Raisa Koschelewa.

„Slawjanka“ ist eines der größten Unternehmen der Leichtindustrie, Teil des Konzerns „Bellegprom“. Es ist spezialisiert auf die Herstellung von Kleidung für Erwachsene und Kinder. Die Produktionskapazität beträgt ca. 600.000 Artikel pro Jahr.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603544601_412525_big.jpg

de.sputniknews.com: **Auf welche Waffe die Nato im Konflikt gegen Russland setzen soll – US-Denkfabrik**

Die US-Denkfabrik „RAND Corporation“, die die US-Streitkräfte berät, misst dem Kampfflugzeug des Typs F-35 eine große Bedeutung im Falle eines Konflikts mit Russland auf dem europäischen Kriegsschauplatz bei und verweist auf die ungenügende Anzahl der Kampffjets der fünften Generation in den Luftstreitkräften der europäischen Verbündeten.

„Die Möglichkeiten der Nato bei einem intensiven Konflikt mit Russland werden sich mit der Einführung von Hunderten Kampfflugzeugen der fünften Generation in den 2020er Jahren verbessern“, heißt es im Bericht „At the Vanguard: European Contributions to NATO's Future Combat Airpower“ (dt.: „An der Spitze: Europäische Beiträge zur Zukunft der Nato-Luftstreitkräfte“).

Die F-35 würden demnach bei einem Kampfeinsatz in der Lage sein, das russische Luftabwehrsystem zu durchbrechen und „von den ersten Stunden des Konflikts an einen bedeutenden Beitrag zu leisten“.

So sollten die Länder des Nordatlantischen Bündnisses, die Verträge über die Lieferung von F-35 unterzeichnet haben, ihre Luftflotte verbessern, um in Zukunft gemeinsame Operationen unter Beteiligung des neuen Kampfflugzeugs durchführen zu können, heißt es im Bericht weiter.

Derzeit würden die europäischen Luftstreitkräfte über Flotten mit relativ begrenzten Fähigkeiten zur Durchführung anspruchsvollster Missionen verfügen, die in einem Konflikt hoher Intensität erwartet würden. Die im Bericht erwähnten europäischen Verbündeten hätten etwa 1900 Kampfflugzeuge, von denen weniger als 100 der fünften Generation angehören. Die Lockheed Martin F-35 Lightning II ist ein Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug der fünften Generation, das neben den USA bei einer Reihe ihrer Verbündeten (obgleich in geringer Zahl) im Einsatz ist. Das Programm zur Entwicklung des Kampfjets hat bereits rund 1,5 Billionen US-Dollar gekostet und ist somit zum teuersten Waffenprogramm in der Geschichte geworden.

Vergangenen November gab der US-Rechnungshof bekannt, dass das Pentagon Probleme bei der Wartung des neuen Kampfflugzeugs habe. Dies sei auf einen Mangel an Ersatzteilen und Probleme mit dem autonomen logistischen Informationssystem zurückzuführen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32723/93/327239393_0:173:1001:714_1000x0_80_0_1_ded2133f1545007d4b3cd5553a2c94d4.jpg

rusvesna.su: „Die Alpen und die Donau erinnern sich“: Sacharowa antwortete einem deutschen General

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte die Erklärung des Leiters des Einsatzkommandos „Nord“ der gemeinsamen NATO-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant J. Volmer.

Am 21. Oktober veröffentlichte die Zeitung „Dagens Nyheter“ ein Interview mit dem Leiter des Einsatzkommandos „Nord“ der gemeinsamen NATO-Streitkräfte in Europa, dem deutschen Generalleutnant J. Vollmer.

Laut seinem Vortrag versuche Russland unermüdlich, einen Keil in die „enge Partnerschaft“ zwischen Schweden und der NATO zu treiben. Auf die Frage eines Journalisten, ob dies bedeute, dass die NATO Russland als Feind betrachte, antwortete der Deutsche: „Angesichts

unserer gemeinsamen Geschichte ist der Feind ein zu starkes Wort. Russland ist der Gegner“. „Angesichts unserer gemeinsamen Geschichte müssten solche deutschen Generäle es besser wissen: Unser Land war ein Feind des Faschismus und des Nazismus. Die Alpen und die Donau erinnern sich, wer den Völkern Europas die Freiheit gebracht hat, aber die NATO-Mitglieder begannen dies zu zerreden“, schrieb Sacharowa auf ihrer offiziellen Seite im sozialen Netzwerk.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/mariya_zaharova_10.jpg

Mil-Inr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 24. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen im Verantwortungsbereich der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der OSZE zu verhindern, werden in den Gebieten von Popasnaja und Swetlodarsk aktiv Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die **Leitungssignale der Drohnen der OSZE zu blockieren ...**

An uns wenden sich weiter Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Territoriums der Oblast Lugansk mit **Beschwerden über die Aktivitäten der Kämpfer**.

In den Verantwortungsbereichen der 30. und 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Solotoje und Stschastje haben Kämpfer Checkpoints errichtet und die Straße gesperrt, was die friedlichen Einwohner sowohl am Auto- als auch am Fußgängerverkehr hindert, als Begründung für ihre Handlungen werden Quarantänemaßnahmen aufgrund der Ausbreitung der Coronavirusinfektion angegeben. Im Zusammenhang damit wurde den Einwohnern dieser Gebiet schon seit einer Woche kein Trinkwasser, Lebensmittel und Medikamente von Händlern geliefert.

Wir wenden uns an die Vertreter der OSZE-Mission mit der Forderung, wirksame Maßnahmen bezüglich der rechtswidrigen Handlungen der ukrainischen Seite zu unternehmen, die eine Verschlechterung der humanitären Lage bewirken. ...

de.sputniknews.com: **„Volks-Ultimatum“ von Tichanowskaja: US-Botschaft warnt Landsleute vor Eskalation**

Angesichts des von der weißrussischen Ex-Präsidentenskandidatin und Oppositionsführern Swetlana Tichanowskaja gestellten Ultimatums an Alexander Lukaschenko hat die US-Botschaft in Minsk ihre Landsleute zu Achtsamkeit aufgerufen. Am Sonntag läuft die Frist des „Volks-Ultimatums“ ab, das Tichanowskaja zuvor der

weißrussischen Regierung gestellt hatte. Sollten die Forderungen der Opposition bis zum 26. Oktober nicht erfüllt werden, drohen der Republik laut Tichanowskaja Streiks und Massenproteste. Zu den Forderungen gehören der Rücktritt von Präsident Lukaschenko und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Außerdem soll die „Gewalt auf den Straßen“ vollständig aufhören.

Daher hat die US-Botschaft in Minsk auf ihrer Webseite den Landsleuten empfohlen, Massendemonstrationen zu meiden und sich einen Notvorrat an Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten anzulegen. „Legen Sie sich einen Notvorrat an Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten, Bargeld und anderen lebenswichtigen Gütern zu, der für mindestens zehn Tage ausreichen würde“, heißt es in der Mitteilung.

Die US-Botschaft schließe Gewalt der Sicherheitskräfte bei Massenaktionen nicht aus.

„Weißrussische Sicherheitskräfte haben bereits eine Reihe von Teilnehmern und Organisatoren dieser Aktionen festgenommen, die unter Verdacht standen, gegen das weißrussische Gesetz verstoßen zu haben“, so die diplomatische Mission weiter.

Die Botschaft hat die Landsleute dazu aufgerufen, immer einen Personalausweis bei sich zu haben, einschließlich eines US-Passes mit einem gültigen weißrussischen Visum beziehungsweise einem Einreisestempel zur Bestätigung der visumfreien Einreise. Außerdem sollten sie laut der Mitteilung der Botschaft Veranstaltungsorte meiden und sich über die Ereignisse im Land auf dem Laufenden halten. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1a/328001105_0:578:2716:2047_1000x080_0_1_e9c8e16690bcecbec95d7825edb8a494.jpg

deutsch.rt.com: **Afghanistan: Viele Schüler bei Selbstmordanschlag in Kabul getötet und verletzt**

Während Taliban und Regierungsvertreter über Frieden sprechen, geht der Konflikt in Afghanistan weiter. In Kabul war es lange ruhig, doch jetzt erschüttert ein Selbstmordanschlag die Stadt. Ziel des Angriffs war ein Ausbildungszentrum. Mindestens 13 Schüler starben.

Bei einem Selbstmordanschlag sind in der afghanischen Hauptstadt Kabul viele Schüler getötet worden. Mindestens 13 Personen seien ums Leben gekommen und 30 weitere verletzt worden, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Samstagabend (Ortszeit). Die Zahl der Opfer könnte aber noch steigen.

Der Attentäter, der sich Zugang zu einem Bildungszentrum im westlichen Stadtteil Dascht-e Bartschi verschaffen wollte, wurde von Sicherheitskräften entdeckt, wie es aus dem Innenministerium hieß. Daraufhin habe sich der Mann in einer Gasse in die Luft gesprengt und dabei viele junge Menschen mit in den Tod gerissen.

Die militant-islamistischen Taliban dementierten umgehend, für das Bombenattentat verantwortlich zu sein. Sie verhandeln mit einer Delegation in der katarischen Hauptstadt

Doha seit September über Frieden. Doch die Gewalt im Land geht weiter, vor allem in den Provinzen sterben bei Gefechten noch immer viele Menschen.

Abdullah Abdullah, Vorsitzender des afghanischen Hohen Rats für Versöhnung, verurteilte den Angriff aufs Schärfste.

„Feige und gottlose Terroristen haben durch diesen Angriff auf unschuldige Kinder und Studenten gezeigt, dass sie sich an keine Religion oder Prinzipien halten“, sagte Abdullah einer Mitteilung zufolge.

Bereits in der Vergangenheit gab es viele Anschläge in dem westlichen, mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadtteil Kabuls. Auch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verübte in dem Stadtteil bereits Anschläge. Sunnitische Extremisten wie die Mitglieder der IS-Terrormiliz bekämpfen Schiiten als Abtrünnige.

Im März verübte der IS zwei Anschläge in Westkabul mit Dutzenden Toten, Ziel waren Schiiten sowie Anhänger der Sikh-Religion. Bei einem Anschlag auf eine Geburtsstation im Mai töteten Unbekannte viele Mütter mit ihren neugeborenen Kindern. Die USA machten den IS dafür verantwortlich.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f94471348fbef360b7ba7ea.JPG>

abends:

rusvesna.su: **Schreckliche Trauer: Legendärer Kommandeur von „Prisrak“ gestorben**

Der Kommandeur des Bataillons „Prisrak“, Aleksej Gennadiewitsch Markow (Rufname „Dobry“), starb im Donbass. Die Union der Freiwilligen des Donbass informierte über den tragischen Verlust. „Heute ist unser enger Freund und Kamerad, ein Mitglied des Kommandeursrates der Union der Freiwilligen des Donbass, der Kommandeur des des Prisrak-Bataillons, Aleksej Gennadiewitsch Markow (Rufname ‚Dobry‘), gestorben. Seit 2014 engagierte er sich für den Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass. Zuletzt war er Kommandeur des 14. Motschützenbataillons der Volksmiliz (der ehemaligen ‚Prisrak‘ - Brigade, benannt nach Alexej Mosqowoj).

Die Prisrak-Kämpfer verteidigen die schwierigsten Bereiche der Front, einschließlich des Dorfes Shelobok und des Gebiets der Bachmutka-Autobahn.

Heute ist der Gute gegangen.

In einem der Interviews antwortete er, als Journalisten ihn fragten, warum er im Donbass sei: „... ich möchte die Dinge nicht auf halbem Weg verlassen. Wir müssen diesen Krieg zu Ende bringen. Nun, andere Motive sind aufgetaucht. Viele unserer Leute sind begraben. Ich möchte nicht, dass alles verschwendet wird. Wenn man zurückkommt, werden die Leute fragen - warum sind Sie dorthin gegangen? Es ist eine Sache, mit einem Sieg zurück zu kommen, es ist eine ganz andere, sich einfach so umzudrehen. ...“

Die Union der Freiwilligen des Donbass spricht der Familie und den Freunden von Alexej

Markow, den Soldaten seiner Einheit, der gesamten Volksrepublik Lugansk, ihr Beileid aus, die ihren tapferen Verteidiger, einen der Besten, verloren hat. Seligkeit und ewige Erinnerung. Wir werden dich nicht vergessen! ", hieß es in der Mitteilung.

Nach vorläufigen Informationen starb Markow infolge eines Unfalls.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/dobryy.jpg

lug-info.com: **Der Radiosender „Kirowsk spricht!“ des staatlichen Unternehmens „Redaktion „Informations-Bote““ hat mit der Übertragung auf das von Kiew kontrollierte Gebiet des Lugansker Landes begonnen**, berichtete der stellvertretende Kommunikationsminister der LVR Jurij Perschikow.

Er nannte den Kirowsker Radiosender ein wichtiges Sprachrohr, dank dem die Menschen auf dem besetzten Gebiet die Wahrheit erfahren „und diese Wahrheit ist nachgefragt“.

„Das ist ein wichtiges Ereignis, für uns war das bisher ein nicht erfüllter Traum, dass es in Kirowsk einen Sender gibt, den alle hören. Und heute ruft man uns schon vom zeitweilig besetzten Gebiet an, unsere Einwohner hören uns“, sagte die leitende Redakteurin Olga Stepanowa.

Belta.by: **Zur Situation in der Welt, in Weißrussland und den Vereinigten Staaten, zu den Beziehungen zu Russland und zur Reaktion auf Bedrohungen - Einzelheiten zu Lukaschenkos Gespräch mit Pompeo**

Auf Initiative der amerikanischen Seite führte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute ein Telefongespräch mit dem US-Außenminister Michael Pompeo. Das Gespräch dauerte ungefähr eine halbe Stunde. BelTA erfuhr die Details vom Pressedienst des belarussischen Präsidenten.

Die Gesprächspartner diskutierten die Situation in der Welt. Nach beidseitiger Einschätzung hat sich die Situation seit dem Besuch von Michael Pompeo in Minsk im Februar dramatisch geändert, neue Herausforderungen sind entstanden und tauchen immer noch auf.

Alexander Lukaschenko und Michael Pompeo diskutierten die innenpolitische Situation - sowohl in Belarus als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Außenminister betonte, dass er stets ein Anhänger der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes und ein Befürworter der Entwicklung der Zusammenarbeit mit Belarus bleibe. Alexander Lukaschenko informierte seinen Gesprächspartner über den nationalen Dialog, der derzeit in Belarus aktiv geführt wird.

In Bezug auf die außenpolitische Agenda betonte die Staatsoberhaupt, dass Russland der Hauptverbündete sei, insbesondere unter Hinweis auf die in der laufenden Periode geleistete Unterstützung. Gleichzeitig mische sich Russland, wie bereits erwähnt, nicht in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands ein. Außerdem seien die Länder bereit, gemeinsam auf neu auftretende externe Bedrohungen zu reagieren. Insbesondere im Einklang mit dem Vertrag innerhalb der OVKS - zum Schutz des gemeinsamen Raums - würden Weißrussland und Russland im Falle einer externen Aggression aus Polen, Litauen oder anderen Ländern gezwungen sein zu reagieren.

Michael Pompeo stellte fest, dass eine solche Bedrohung weder von der NATO noch von Polen und Litauen befürchtet werden sollte, da sie nicht existiere.

„Im Allgemeinen betonte der belarussische Staatschef, dass wir für eine friedliche und ruhige Lösung aller Konflikte sind, einschließlich derjenigen im externen Bereich“, teilte der Pressedienst mit.

Ein weiteres Gesprächsthema waren das Schicksal eines Bürgers der Vereinigten Staaten und der Republik Belarus.

Darüber hinaus beobachtete Weißrussland, wie Alexander Lukaschenko feststellte, die politische Kampagne in den Vereinigten Staaten genau. Er wünschte Donald Trump viel Erfolg im Allgemeinen und persönlich.